

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Integrationsrat	16.04.2018
Ausschuss Soziales und Senioren	19.04.2018
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	23.04.2018

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

hier: Beschlussempfehlungen zur Gewährung von Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld

Mit Vorlage 0714/2018 hat die Verwaltung die Anfrage des RM Herrn Richter zur Ungleichbehandlung der Gremien beantwortet. Die Vorlage 0714/2018 wurde allen Gremien zur Kenntnisnahme vorgelegt.

In dieser Vorlage wurde deutlich wie unterschiedlich die Gremien und ihre ehrenamtlichen Mitglieder behandelt werden. Die Anlage „Übersicht der unterschiedlichen Behandlungen der Gremien“ (siehe Anlage zur Vorlage 0714/2018) ist dieser Vorlage nochmals beigelegt.

Alle Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Transgender waren sich einig, dass ihre ehrenamtliche Arbeit im Sinne der Menschen, deren Interessen sie vertreten, nur mit sehr großem persönlichem und finanziellem Einsatz geleistet werden kann. Bisher erhalten die Mitglieder beider Gremien weder Aufwandsentschädigung noch Sitzungsgeld. Auch ein eigenes Budget für Öffentlichkeitsarbeit, Unterstützung der Interessenvertretungen im Sinne der StadtAGen etc. ist bisher nicht vorhanden. Eine Gleichbehandlung der Gremien im positiven Sinne wäre sinnvoll und erforderlich.

Daher haben die stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Transgender einstimmig in ihren Sitzungen am 22.03.2018 gleichlautende Beschlussempfehlungen an den Ausschuss Soziales und Senioren und den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales beschlossen. Die Auszüge aus den Beschlussprotokollen der beiden Gremien sind als Anlage beigelegt.

Bei einer Umsetzung der Beschlussempfehlungen müssten die dazu notwendigen Finanzmittel im Rahmen der aktuellen Haushaltsberatungen für die Haushaltsjahre 2019ff. berücksichtigt werden. Entsprechende Umschichtungen im Rahmen des Teilergebnisplans 0504 – freiwillige soziale Leitungen und Diversity oder im Rahmen des Dezernatsbudgets sind aufgrund der Vorrangigkeit zu finanzierenden Pflichtaufgaben und vor dem Hintergrund aktueller Konsolidierungserfordernisse nicht möglich.

Anlage

